

Stadionprojekt geht in die Nachspielzeit

Oldenburger „Stadionkoalition“ bricht Wettbewerbsrecht

Initiative: Fußballindustrie will klamme kommunale Kassen um Millionen erleichtern

Oldenburg. – Mit ihrer Entscheidung für einen zu 100 Prozent steuerfinanzierten Bau eines neuen Stadions für den gewerblichen Fußball verstößt die Mehrheit im Oldenburger Stadtrat gegen EU-Recht. Mit der Notifizierung des staatlichen Eingriffs in den Markt des Berufsfußballs hatte Deutschland gegenüber der Europäischen Kommission zugesagt, dass die Auftragsvergabe ausdrücklich unter dem Vorbehalt einer wettbewerbsrechtlichen Freigabe steht und der Stadionbau erst nach entsprechender Genehmigung erfolgen wird.

Vor Abschluss des Verfahrens ist die Vergabe von öffentlichen Geldern für das Stadion unzulässig. Die Initiative KEIN StadionBau verurteilt den Verstoß gegen die Regeln des freien Marktes scharf. Mit ihrem Beschluss vom Montag (1. 6. 2025) habe die sogenannte Stadionkoalition aus CDU, SPD und FDP die Zusage gebrochen. Klaas Brümman, Sprecher der Initiative: „Solches Steuerdoping gefährdet die europäischen Grundfreiheiten – den freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr.“ Es sei ein Hochrisiko-Beschluss - mitten in einer ungeklärten, aktiven Prüfungsphase der europäischen Wettbewerbsbehörden.

Der scheidende Oberbürgermeister müsse für sein umstrittenes Prestigeprojekt außerdem noch die Finanzierung genehmigt bekommen und die Kommunalaufsicht den dafür notwendigen Bürgschaften zustimmen. Flächennutzungs- und Bebauungsplan sind noch nicht rechtskräftig und einen Bauplan gibt es noch gar nicht. Brümman: „Jetzt bereits die städtische Stadiongesellschaft zu ermächtigen, den 60-Millionen-Bau zu beauftragen, ist absolut unverantwortlich.“

Sportwissenschaftler überzeugt: „Kein Pro-Argument stichhaltig.“

Kritik kommt auch von einem renommierten Sportwissenschaftler. In einem Ende Mai erschienen wissenschaftlichen Beitrag analysiert Prof. Dr. Jürgen Schwark vom Institut für Sportentwicklung und Freizeitforschung an der Westfälischen Hochschule Bocholt das Projekt. Er hält tatsächlich keines der genannten Argumente für den Bau eines neuen Fußballstadions in Oldenburg für stichhaltig: „Der Stadionneubau lässt sich daher nicht mit den Aufgaben der kommunalen, freiwilligen Daseinsvorsorge in Einklang bringen.“ Investitionen in die Infrastruktur des gewerblichen Fußballs und den laufenden Betrieb müssten ohne Inanspruchnahme kommunaler Haushaltsmittel oder Steuergelder finanziert werden. Brümman: „Die Fußballindustrie will mit unlauteren Tricks die klammen Kassen deutscher Kommunen plündern.“

Bürgerinitiative bereitet Normenkontrollklage vor

Damit ist das Thema noch längst nicht „vorbei“, wie die Stadt auf ihrem Instagram-Kanal frech behauptet. Im Gegenteil, noch ist nicht endgültig über den Bau entschieden. Brümman: „Aus dem noch nicht amtlich bekannt gemachten Bebauungsplan wurden verschiedene

problematische Aspekte in den Bauplan verschoben, den das zu beauftragende Bauunternehmen Walter Hellmich in Eigenverantwortung erwirken muss.“ Bisher habe die Stadtverwaltung die Veröffentlichung des Bebauungsplans verzögert. Die Bürgerinitiative werde umgehend klagen, sobald der Plan amtlich bekanntgemacht wird, kündigte Brümman an. Der vom Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz bevollmächtigte Anwalt komme zu dem Schluss, die Stadionplanung halte einer gerichtlichen Prüfung nicht stand.

Auch bei der umstrittenen Fliegerhorststraße ist die Stadt in einem Normenkontrollverfahren gescheitert. Die Planungen mussten überarbeitet und erneut beschlossen werden, was den Bau bereits jetzt um etwa zwei Jahre verzögert hat. Allerdings ist bereits wieder eine weitere Klage gegen das Projekt anhängig.

EU-Notifizierungsverfahren verzögert

Die Beschlussvorlage für den Stadionneubau enthalte zwar eine auflösende Bedingung für den Fall, dass die Wettbewerbsaufsicht den Eingriff in den Markt untersagt. Brümman: „Im Vertrag mit dem Bauunternehmen endet die Möglichkeit einer Vertragsauflösung jedoch offenbar am 30. September – wenige Wochen, bevor ein neu gewählter Rat demokratisch über das Vorhaben entscheiden kann.“ Zudem werde dann eine Entschädigung für das Bauunternehmen von 750.000 Euro fällig. Da die EU-Wettbewerbsbehörde ein Prüfverfahren eingeleitet hat, sei völlig offen, ob sie bis Ende September zu einem Ergebnis kommt.

Oberbürgermeister Jürgen Krogmann (SPD) hatte die Übermittlung der erforderlichen Unterlagen an die EU-Kommission fast zwei Jahre lang verzögert – bis zum 4. Februar 2026. „Weil der scheidende Oberbürgermeister auf Zeit gespielt hat, gibt es nun eben noch eine Nachspielzeit,“ sagt Klaas Brümman.

1. Juni 2026

Für Rückfragen: Klaas Brümman, Tel. 0441 72508

Zum Hintergrund:

Die Bürgerinitiative KEIN StadionBau will verhindern, dass die Stadt Oldenburg ein zweites Fußballstadion, das zu 100 Prozent von Steuergeld finanziert werden soll, errichtet. Die geplanten Kosten belaufen sich vor Beginn des Baus auf schon fast 60 Millionen Euro. Auf dem Weg dahin haben wir uns mit den Tricks der Fußballindustrie beschäftigt, die die klammen Kassen deutscher Kommunen um viele Millionen erleichtert. Die Bürgerinitiative „Kein StadionBau“ ist seit über einem Jahr Kontakt zur EU-Kommission. Es dürfte kaum ein Beihilfeverfahren geben, welches so gut dokumentiert ist. Auch die Kommunalaufsicht ist bereits informiert und hat die Stadt Oldenburg bereits angeschrieben.